Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 25. März 1926
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr Fritz Klein Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48. Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68. Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
25. 3. a Nr. 142 10 Pfennig

Option im Memellande.

Zum nahen Fristablauf.

Niemals in der ganzen Weltgeschichte ist ein raffinierteres Instrument zur Knebelung eines Volkes ersonnen worden, als das Friedensdiktat von Versailles mit seinen verschiedenen Annexen, zu denen die sogenannte Memelkonvention gehört. Auf Grund falscher litauischer Statistiken wurde in Art. 99 des Versailler Diktates die Abtrennung des kerndeutschen Memellandes von Deutschland verfügt, und das „Territoire de Memel" 1920 von den Franzosen besetzt. Als die Franzosen dann am 10. Januar 1923 bezeichnenderweise am Tage des Ruhreinmarsches vor den einrückenden Litauern kampflos abgezogen waren, wurde ihnen am 16. Februar von der Ententekommission das Memelland feierlich übergeben. Litauen mußte sich zwar der Botschafterkonferenz und dem Völkerbunde gegenüber in dem sogenannten Memelstatut verpflichten, dem Memelgebiet eine bestimmte Autonomie zu gewähren, aber gleichzeitig wurden in diesem Statut unzweifelhafte Maßnahmen vorgesehen, um die deutschen Bewohner zu vertreiben und das Land zu litauisieren.

Da es den Litauern in die Hand gegeben war, die Wahlen zum memelländischen Landtage, dem Sejmelis, auszuschreiben, wurde der Termin unter allen möglichen Vorwänden monatelang hinausgeschoben und der Wahlakt schließlich unter litauischer militärischer Diktatur vorgenommen. In Anbetracht dieser Tatsache schrieb damals Prof. Voldemaras-Kowno in der Zeitschrift „Lituvis": „Wenn trotz alledem soviel Deutsche gewählt worden sind (27 von 29 Sejmelisabgeordneten), so ist das der beste Beweis für das rein deutsche Gesicht dieses Landes. Bei dem weiteren Verlauf der Angelegenheit werden wir neben dem moralischen auch den faktischen Verlust des Memellandes verzeichnen müssen."

In dieser Befürchtung gab Kowno den Kampf nicht auf, auf jede Weise verhinderte es ein geordnetes Arbeiten des memelländischen Landtages, indem es bei der Bildung des Landesdirektoriums nur Großlitauer als Kandidaten vorschlug. Und als der Landtag endlich bei der Person des früheren Landrats von Heydekrug, Simonaitis, nachgab, erfand es andere Schikanen, die kürzlich zu einer Eingabe des Memellandes an den Völkerbund geführt haben. Es handelt sich um den finanziellen Anteil des Memelgebiets an den Einnahmen aus Zoll, Akzise usw. gemäß Art. 35 des Memelstatuts. Alle Verhandlungen, die von der memelländischen Delegation, selbst dem Landespräsidenten Simonaitis in dieser Hinsicht mit der litauischen Regierung in Kowno gepflogen wurden, waren bisher vergeblich. Damit fehlt es dem Landtag an jeglichen Mitteln, den Verwaltungsapparat zu bezahlen, Gesetze durchzuführen und die dringendsten kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Der Landtag ist in seiner praktischen Arbeit einfach kaltgestellt.

Warum Litauen diese schikanöse Rolle gerade jetzt dramatisch steigert, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß am 31. März d. Js. die Optionsfrist für Deutschland abläuft. Je unerträglicher die Verhältnisse im Memelland sich gestalten, um so mehr Bewohner werden nach der Erwartung der litauischen Regierung für Deutschland optieren und müssen dann binnen zwei Jahren das Land verlassen. Bei der Novemberabstimmung zum Sejmelis wurden 57 000 Stimmen für die vereinigte deutsche und nur 5000 Stimmen für großlitauische Listen abgegeben. Der schon zitierte Professor Voldemaras schrieb damals: „Die Ergebnisse der Wahlen haben gezeigt, daß die memelländischen Litauer sich die Deutschen als Führer wählen, die das Land wieder zurück zu Deutschland bringen werden."

Obwohl die Memelländer sich dem litauischen Staate gegenüber jederzeit als durchaus loyale Staatsbürger erwiesen haben, fürchtet die Kownoer Regierung diese vom Standpunkt der Völkermoral unvermeidliche Entwicklung, denn das Memelland ist kein Gebiet mit einer deutschen Minderheit, sondern eine so ausgesprochene deutsche Irredenta wie etwa Südtirol. Es gilt also, den Memelländern ihre Heimat so zu verekeln, daß sie es vorziehen, ihre Scholle zu verlassen, und damit wäre die Axt an die Wurzel des deutschen Volkstums im Memellande gelegt.

Die deutschen memelländischen Landtagsabgeordneten haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Wir bleiben Memelländer und optieren nicht." Es ist zu hoffen, daß weitaus der größte Teil der Deutschen im Memellande dieser Parole Folge leisten und als deutscher Vorposten im Osten ausharren wird. Sehr viele aber sind noch schwankend, weil sie sich auch in Zukunft immer neuen Schikanen ausgesetzt sehen und befürchten, schließlich doch von Haus und Hof vertrieben zu werden. Besonders schwierig erscheint die Lage der deutschen Beamten. Denn wenn sie in Litauen bleiben, gehen sie ihrer deutschen Beamtenrechte verlustig, und der litauische Staat behandelt seine Beamten wie Privatangestellte, die jederzeit pensionslos gekündigt werden können, und hat alles Interesse daran, durch szamaitische Auchbeamte die deutschen zu verdrängen. Menschlich ist es wohl daher zu verstehen, wenn sie wie viele andere Memelländer um ihr Schicksal bangen und nach Deutschland zurückkehren wollen.

Der deutsche Staat wird aus taktischen Gründen den Memelländern keine Zusicherungen geben dürfen, daß sie im Falle einer späteren Ausweisung ohne weiteres bei uns wieder eingebürgert werden. Aber das deutsche Volk muß es die Stammesbrüder im Memellande wissen lassen, daß man ihnen die Treue halten wird, wenn sie ihrer Mission treu bleiben und um jeden Preis auf ihrem Platze bleiben, um das Memelland auch unter litauischer Oberhoheit so deutsch zu erhalten, wie es von jeher war. Das Schicksal der zwangsweise an Polen abgetretenen Landesteile hat zur Genüge gezeigt, daß es deutscher gedacht und gehandelt ist, nicht für Deutschland zu optieren und das Deutschtum durch Abwanderung bis zur völligen Ohnmacht zu schwächen.

Dr. R. Z.

Prag, 25. 3. (Sonderdienst der DAZ.) Das neue tschechoslowakische Strafgesetzbuch sieht die Todesstrafe nur noch für Verbrechen vor, die nach der Verhängung des Belagerungszustandes begangen worden sind.

Das moderne Persien.

Unterredung mit Oberst Ismail Chan.

Oberst Ismail Chan, der im Auftrage des Schahs von Persien am vergangenen Mittwoch dem Reichspräsidenten ein Bild des Schahs überreichte, sprach sich einem Mitglied unserer Redaktion über die wirtschaftliche und politische Lage Persiens aus. Aus der interessanten Unterredung geben wir nachfolgend die wichtigsten Punkte wieder.

Das moderne Persien ist nicht mehr das Persien aus Tausendundeiner Nacht, sondern ein Land, das bestrebt ist, sich im modernen Sinne wirtschaftlich, sozial und politisch zu entwickeln. Leider ist diese Auffassung noch nicht genügend in die Kreise Europas eingedrungen, die aus eigenem Interesse namentlich an den Fortschritten der persischen Wirtschaft durch gesteigerten Export teilnehmen sollten. Die persische Regierung sieht daher eine der wichtigsten Aufgaben darin, in diesem Punkte aufklärend und propagierend im Auslande zu wirken.

Eine grundlegende Aenderung in

Persiens Handelsbeziehungen

zum Ausland zeigt sich in der Höhe der Versicherungsprämie, die für nach Persien getätigte Geschäfte im internationalen Handel üblich geworden ist. Während früher die Höhe der Warenversicherung das Geschäft nach Persien sehr beschränkte und die Aufnahmefähigkeit Persiens für fremde Waren auf ein Minimum zurückschraubte, braucht der Kaufmann, der nach Persien handelt, heute keine höhere Prämie zu zahlen als beispielsweise nach Rumänien. Ferner sind bei dem persischen Geschäft heute politische Gesichtspunkte im Gegensatz zu früher ausgeschaltet. Für den Abschluß der Geschäfte sind rein kaufmännische Gesichtspunkte maßgebend, und der Zuschlag erfolgt bei internationaler Konkurrenz an den, der durch Preis und Qualität der Ware seine Konkurrenten aus dem Feld schlägt.

Nach diesen Grundsätzen ist auch der

Monopolvertrag mit den Junkers-Flugzeugwerken

abgeschlossen worden, der einem wichtigen Teil der deutschen Industrie den persischen Markt erschließt und dem deutschen Kaufmann und Ingenieur Gelegenheit gibt, im großen Maßstab neue Beweise für seine technische Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Organisation den Persern vor Augen zu führen.

Dem Ausbau der Automobilstraßen und des Eisenbahnnetzes wird die Regierung ihre Hauptsorge zuwenden und namentlich den Anschlußverkehr über Sowjetrußland und Mesopotamien fördern, da eine Hauptschwierigkeit des Handels mit Persien in dem Umstande liegt, daß die Haupthandelsstraßen Persiens nicht zum offenen Meer, sondern in die benachbarten fremden Länder führen.

Persien hat reiche natürliche

Boden- und Mineralschätze,

aber wie in allen anderen Ländern, so kann man auch in Persien diese Schätze nicht mit Aladdins Wunderlampe heben, sondern muß mit modernen technischen und wirtschaftlichen Methoden vorgehen, nachdem ein entsprechendes Baukapital gesichert ist. Dies muß besonders betont werden, da leider einige Deutsche in den letzten Jahren versucht haben, ohne genügende Mittel größere Unternehmungen in Persien einzuleiten.

Seitdem Reza Schah den Thron Persiens bestiegen hat, herrscht Ruhe im Lande. Selbst die nächsten Familienangehörigen des früheren Schahs haben ihre Dienste dem neuen Herrscher angeboten und sind von ihm zum großen Teil in ihren Aemtern belassen. Politisch besteht Persien auf seiner

vollständigen Unabhängigkeit

und räumt daher weder Rußland noch England einen die Souveränität des persischen Volkes beschränkenden Einfluß in die Angelegenheiten Persiens ein. Wohl kann man von einer russischen oder englischen Partei in Persien sprechen, je nachdem der einzelne Perser glaubt, daß die Interessen Persiens durch näheren Anschluß an Rußland oder an England besser gewahrt werden; doch ist diese Einstellung eine mehr oberflächliche und führt nicht zu Gegensätzen innerhalb von Regierung und Parlament.

Deutschland erfreut sich in Persien der größten Sympathien, und sowohl einflußreiche Männer der Regierung und des Parlaments wie Vertreter der Wirtschaftskreise legen auf die

Zusammenarbeit mit Deutschland

größten Wert, da Persien nach der Einstellung des deutschen Volkes heute sicher ist, daß seine Politik nicht auf militärische Eroberungen und imperialistische Kolonisierungsversuche ausgehen wird. Der Sympathie für das deutsche Volk geben Regierung und Bevölkerung dadurch Ausdruck, daß viele junge Perser auf die Schulen und Fortbildungsanstalten Deutschlands gesandt werden. Da eine kulturelle Annäherung der beiden Völker einen wirtschaftlichen Güteraustausch in immer erhöhterem Maße zur Folge haben wird, darf man von der Entwicklung der Beziehungen beider Völker das Beste erhoffen.

Str.

Umschwung in Italien?

Bereitschaft zur Entspannung auf beiden Seiten?

fr. **Mailand**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Ueber den Empfang des neuen italienischen Botschafters in Berlin durch den Reichspräsidenten berichtet bisher nur der „Corriere della Sera", der auch den Kommentar der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erwähnt. Es war vor zwei Tagen schon zu bemerken, daß verschiedene italienische Zeitungen, die bisher in der vordersten Reihe im Kampfe gegen Deutschland sich hervorgetan hatten, die Aufforderung des Zentrumsabgeordneten Kaas in der Reichstagsdebatte gebracht hatten, die dahin ging, man solle alles vermeiden, was die Beziehungen zu Italien noch verschärfen könnte. Hier und da war auch ein zustimmender Kommentar dazu zu lesen. Wir würden allerdings solchen Beobachtungen keinerlei Bedeutung beilegen, wenn nicht gleichzeitig ein befremdendes Schweigen über die Vertragsverhandlungen mit Jugoslawien usw. festzustellen wäre. Die französisch-jugoslawischen Verhandlungen, die Briand und Nintschitsch zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages geführt hatten, wurden nur in einigen Zeitungen in kurzen Depeschen aus Paris oder Belgrad kurz erwähnt. Natürlich will aber keine Zeitung in diesem Falle ein Urteil äußern, ehe nicht eine amtliche Stellungnahme erfolgt sei, und die wird ja vermutlich Herrn Mussolini für seine außenpolitische Etatrede spätestens am 30. d. M. im Ministerrat vorbehalten sein. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch noch, daß von italienischer Seite mit großer Genugtuung die Erklärung Baldwins bemerkt worden ist, wonach England weiter an dem Einstimmigkeitsgrundsatz im Völkerbundsrat festhalten wolle. Auch hier steht Italien ganz offenbar auf englischer Seite gegen die französische Absicht, etwa den Grundsatz der Mehrheitsabstimmung in den Völkerbund hineinzubringen.

Die Schuldfragen im Matteotti-Prozeß.

fr. **Mailand**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Für das Urteil im Matteotti-Prozeß, über das wir gestern schon berichtet haben, waren den Geschworenen für jeden der fünf Angeklagten im ganzen fünf gleichlautende Fragen, von denen eine aus Unterfragen bestand, vorgelegt worden. Für die beiden Angeklagten Viola und Malacria haben die Geschworenen jede Beteiligung verneint. Für die drei anderen ist von ihnen der vorbedachte Mord verneint worden, dagegen die Tat als Mittäterschaft bei einem nicht beabsichtigten Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände erklärt worden. Daß der Tote Abgeordneter war, wird nicht als straferschwerend anerkannt. Ebenso wird aber die Behauptung zurückgewiesen, daß es sich um eine Herausforderung gehandelt habe.

Zum Besuch Dr. Ramets in Berlin.

kbg. **Wien**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Bei dem bevorstehenden Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek in Berlin wird der leitende handelspolitische Sektionschef Dr. Schüller die wirtschaftlichen Verhandlungen führen. Zurzeit kommt nur ein kleines provisorisches Uebereinkommen in Frage. Weitergehende Abmachungen zwischen beiden Staaten werden erst nach Regelung des deutsch-französischen Wirtschaftsverhältnisses folgen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Spaniens gute Wünsche.

Der deutsche Botschafter überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

Madrid, 25. 3. (W. T. B.)

Der neuernannte deutsche Botschafter, Graf Welczek, hat dem König von Spanien in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben überreicht und hierbei seine Antrittsrede in spanischer Sprache gehalten. Er drückte im Namen des Reichspräsidenten und des gesamten deutschen Volkes die herzlichsten Wünsche für das beste Wohlergehen des Königs und der gesamten edlen und ritterlichen spanischen Nation aus. Die ausgezeichneten Beziehungen, die ununterbrochen zwischen den beiden Völkern bestünden, legten ihm die hohe Pflicht auf, ihre fortgesetzte Entwicklung zu pflegen und sie, wenn möglich, noch herzlicher zu gestalten.

König Alfons erwiderte, daß er über die Aeußerungen des Botschafters hoch erfreut sei, dessen hohe Qualitäten und dessen Kenntnis der spanischen Rasse wesentlich dazu beitragen würden, die glücklichen Beziehungen, die zwischen Spanien und Deutschland bestehen, zu entwickeln. König Alfons fuhr dann fort: „Ich hoffe, daß diese Mission fruchtbar sein wird, damit eine noch bessere gegenseitige Kenntnis zwischen dem spanischen und dem deutschen Volke ermöglicht wird. Ich danke Ihnen für die Wünsche und Gefühle, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, und ich bin glücklich, gleichfalls die besten Wünsche zum Ausdruck bringen zu können für das persönliche Wohlergehen des deutschen Reichspräsidenten und für die weitere Entwicklung der Wohlfahrt Deutschlands. Indem ich Ihnen ein aufrichtiges Willkommen zurufe, versichere ich Sie, daß Sie meinerseits und seitens meiner Regierung das aufrichtigste und fortgesetzte Bemühen finden werden, die Bande der Freundschaft und der Herzlichkeit zwischen Spanien und Deutschland zu festigen."

*

Madrid, 24. 3. (W. T. B.)

Der offiziösen Mitteilung über die gestrige Ministerberatung zufolge hat der Außenminister Yanguas erklärt, die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hätten eine günstige Wendung genommen. Der Minister erwähnte außerdem die Erklärungen Stresemanns im Reichstag, die er als für Spanien sehr befriedigend bezeichnete, da sie einen Beweis für den in Deutschland zugunsten Spaniens eingetretenen Stimmungsumschwung und für die Aufrichtigkeit der vom Reichskanzler in Genf abgegebnen Versprechen bildeten.

Sir Austen Chamberlain — Ehrenbürger der City.

sx. **London**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Heute wird der Lord-Mayor von London in der Guild-Hall Sir Austen Chamberlain den Ehrenbürgerbrief der City in einer goldenen Kapsel überreichen. Bei der Zeremonie werden das Kabinett und alle Botschafter anwesend sein. Chamberlain wird eine Rede halten.

Die italienische Regierung beabsichtigt, auch in London einen Botschafterwechsel vorzunehmen. Als Nachfolger des Marquis della Torretta wird der italienische Finanzminister Graf Volpi und der italienische Gesandte in Wien genannt.

Rangoon, 25. 3. (Sonderdienst der DAZ.) In Kemmendine sind in letzter Zeit drei große Brände ausgebrochen. Die Folge ist daß unter den Einwohnern eine Panik herrscht, die geschürt wird durch Anschläge von Plakaten, in denen weitere Brände angekündigt werden.

Die innere Krise in Frankreich.

Man sieht in einem Kabinett Herriot-Poincaré die letzte Rettung.

a. **Paris**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Das starke Mißbehagen, das auf der innerpolitischen Situation lastet und den Krisengerüchten immer neue Nahrung gibt, dauert an und scheint sogar immer weitere parlamentarische Kreise zu ergreifen. Von einigen Seiten wird zwar versichert, es mache sich eine Entspannung bemerkbar, und es bestehe Aussicht auf eine baldige Verständigung, aber vorläufig sind nicht die leisesten Anzeichen dafür bemerkbar. Selbstverständlich erklärt man in allen Parteilagern, niemand wünsche eine neue Regierungskrise, aber nirgends zeigt sich eine Neigung zu dem sachlichen Entgegenkommen, das die Lage erfordert. Die Hauptbemühungen des Finanzministers und seiner Freunde drehen sich im Augenblick darum, die Sozialistisch-Radikalen zu spalten und die Mitglieder dieser Parteigruppe einzeln auf die Regierungsseite herüberzuziehen. Eine sehr mühsame und undankbare Arbeit, die bisher offenbar nur geringen Erfolg zeigte. Die verhängnisvollen Folgen, die durch

diese unhaltbaren parlamentarischen Zustände

für die finanzielle Entwicklung des Landes entstehen, wachsen natürlich progressiv, und während man sich darüber nicht einigen kann, mit welchen Mitteln das Defizit gedeckt werden solle, wird das Loch im Budget von Tag zu Tag größer. Die Gesamtbudgetrechnung wurde auf der Basis eines Frankenkurses von 110 zum Pfund aufgebaut. Gestern abend hatte das Pfund auf 139 bis 140 gestanden, und die Abwärtsbewegung nimmt ein immer schnelleres Tempo an.

Diese ohnehin sehr schwierige Lage wird noch durch die Affäre Malvy erheblich verschärft. Es ist unverkennbar, daß die Gruppe des rechten Zentrumsflügels auf Briand einen starken Druck ausübt, den Innenminister über Bord gehen zu lassen, und dafür ihre Unterstützung bei Durchführung der Zahlungssteuer anbietet. In der Umgebung Briands werden alle derartigen Versuche abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß es sich um ein rein finanzielles Problem handle, das weder mit politischen noch mit persönlichen Fragen in Zusammenhang gebracht werden sollte. Trotzdem wird in gewissen Kreisen immerhin bereits zugegeben, daß natürlich ein Wechsel im Innenministerium notwendig werden müßte, falls die Gesundheit Malvys etwa seine längere Abwesenheit von Paris notwendig machen sollte. Derartige Bemerkungen geben natürlich den von der Opposition verbreiteten Gerüchten Nahrung, daß

die Krankheit Malvys überhaupt nur diplomatischer Natur

sei, und die „Action Française" spricht in ihrer verlogenen Gehässigkeit sogar von einer Flucht des Innenministers. In Wirklichkeit ist an der Erkrankung Malvys nach dem bekannten Zusammenbruch in der Kammer nicht der geringste Zweifel. Dagegen ist es keineswegs ebenso sicher, daß tatsächlich die Erkrankung im weiteren Verlauf der Dinge nicht doch einen politischen Charakter erhalten könnte.

Die Unsicherheit der parlamentarischen Lage führt natürlich auch dazu, daß bereits neue Prophezeiungen über das kommende Kabinett laut werden. Unter den verschiedenen Kombinationen erhält sich dabei bezeichnenderweise immer noch die eines Kabinetts Herriot—Poincaré, dessen Notwendigkeit damit begründet werden soll, daß die Kammer nur einem Kabinett der nationalen Einigung die notwendigen finanziellen Maßregeln bewilligen würde.

Erklärung des Kabinetts Cerny:

Das Programm bleibt das gleiche.

kbg. **Wien**, 25. 3. (Eigenbericht.)

Die Vorstellung der neuen Beamtenregierung Cerny in Prag hat in beiden Häusern des Parlaments gestern stattgefunden. Ministerpräsident Cerny gab eine kurze Regierungserklärung ab, die sich auf die Mitteilung beschränkte, die Regierung werde an dem Programm festhalten, das die vorangegangene Regierung aufgestellt habe. Eine Aussprache über die Regierungserklärung fand nicht statt. Bei den folgenden Verhandlungen über Handelsverträge mit der Schweiz, Luxemburg und Bulgarien benutzten die gegnerischen Parteien die Gelegenheit, gegen die Regierung Stellung zu nehmen.

Neuer Rekord von Rademacher.

New York, 25. 3 (Eigenbericht.)

Der fünfte Start der beiden deutschen Meisterschwimmer Rademacher und Frölich in Amerika ging am Mittwoch in Cincinnati, der Heimatstadt des neuen amerikanischen Schwimmsterns Lauffer, vor sich. Rademacher war abermals erfolgreich. Wieder schwamm der Weltrekordmann im Alleingang, und mit 7:3,6 unterbot er die amerikanische Höchstleistung über 500 Yard (1 Yard = 0,91 Meter). Er schwamm dann weiter bis 500 Meter, die er in 7:42,2 zurücklegte, wobei er allerdings hinter seinem eigenen 500-Meter-Weltrekord um 1⅕ Sekunden zurückblieb, weil er ohne Gegner schwamm.

Frölich schwamm über 50 Yards Freistil wurde aber von Ruttlidge in 24,4 geschlagen. Frölichs Niederlage ist wieder auf schlechten Start und schlechtes Wenden zurückzuführen. Auch Lauffer schwamm an diesem Abend wieder. Wenn er auch den Weltrekord Weißmüllers über 100 Yards Rücken nicht zu drücken vermochte, so steht die Zeit mit 1:4,4 nur zwei Zehntelsekunden unter der Weltrekordzeit.

Am Sonnabend werden die Deutschen in Buffalo starten, während sie am Dienstag in Philadelphia mehrere Rennen bestreiten. Dann folgt eine achttägige Ruhepause, die der Vorbereitung für die amerikanischen Meisterschaften dient.

Wie überall war auch in Cincinnati Rademacher der Held des Tages. Der Fußballclub von Cincinnati veranstaltete zu Ehren der deutschen Schwimmer eine große Feier, zu der sich Tausende von Gästen drängten. Am Nachmittag schon wurden den Deutschen ein feierlicher Empfang durch den Bürgermeister von Cincinnati bereitet, der in einer zündenden Ansprache auf die völkerversöhnende Bedeutung dieser Schwimmerreise hinwies.

Der Postetat vor dem Reichstag.

Minister Dr. Stingl über die Aufgaben seines Ministeriums.

Der Reichstag beschäftigte sich Donnerstag mittag mit kleinen Vorlagen. Ein Antrag aller Parteien zur Ergänzung des Besoldungsgesetzes, wonach ein neues Ortsklassenverzeichnis bis 1. April 1928 aufgestellt werden soll, wurde in allen drei Lesungen angenommen. Ein Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses fand in erster und zweiter Lesung Annahme. Ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Republikschutzgesetzes, wonach Strafsachen, die bisher zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gehörten, ab 1. April d. J. wieder an die ordentlichen Gerichte gehen sollen, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Eine Novelle über die patentamtlichen Gebühren wurde in allen drei Lesungen angenommen, ebenso ein Gesetzentwurf zur Bereitstellung von 200 Millionen Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Ein sozialdemokratischer Initiativantrag über Aussetzung aller Verfahren, die für Auflösung von Familiengütern ehemals regierender Fürstenhäuser anhängig sind oder werden, ging an den Rechtsausschuß.

Der Einspruch des völkischen Abg. Stoer gegen den Ordnungsruf des Präsidenten in der Dienstagsitzung auf Grund seiner gegen den Reichskanzler gerichteten Aeußerung wurde gegen die Stimmen der Völkischen und Kommunisten zurückgewiesen. Mit dem bei uns bereits gekennzeichneten Schreiben Stoers gegen den Reichskanzler wird sich der Aeltestenrat noch beschäftigen.

Das Haus erledigte noch einige Reste des Verkehrsetats und wandte sich dann der zweiten Lesung des Reichspostetats zu.

Hierbei machte der

Reichspostminister Dr. Stingl

Ausführungen von grundsätzlicher und programmatischer Bedeutung. An die Spitze stellte er die Tatsache, daß die Post auch nach Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes eine reine Reichsanstalt und im engen Reichsverband geblieben ist; die Post sei stolz darauf. Die Post wolle dem Reichstag gern über alle Fragen Auskunft geben und ihm alles Material offen und klar vorlegen.

Die Aufgaben der Reichspost

faßte der Minister wie folgt zusammen:

Die Reichspost soll Helferin und Förderin sein für Wirtschaft und Verkehr. Als Weltanstalt im wahrsten Sinne des Wortes ist sie mitten hineingestellt in die Volks- und Weltwirtschaft. Der vorjährige Wirtschaftserlaß des Ministers hat Anerkennung und Förderung durch Wirtschaft und Personal gefunden.

Als Richtlinien und Ziele stellt der Minister hin: Vorgehen nach einem weitschauenden Wirtschafts- und Verkehrsprogramm, das für die nächsten Jahre aufgestellt wird. Großzügiger Ausbau aller Verkehrseinrichtungen und Schaffung aller nur irgendmöglichen und finanziell tragbaren Verkehrserleichterungen. Im Mai soll eine besondere Wirtschaftstagung im Reichspostministerium stattfinden zur Aussprache mit führenden Wirtschaftlern und Wirtschaftsorganisationen. Als

Leitsätze für die Wirtschaftsgebarung

der Post bezeichnete der Minister: Beweglichkeit und Anpassung auf allen Gebieten, offener freier Blick für die Verhältnisse und die berechtigten Bedürfnisse der allgemeinen Wirtschaft, umfassendes Auswerten für die Postwirtschaft, entschlossenes Handeln. Los vom Schema, weg mit den Auswüchsen des Bürokratismus in grundsätzlicher Auffassung wie in äußerer Form. Die Reichspost hat

mit Parteipolitik nichts zu tun;

sie muß von allen politischen Einflüssen losgelöst sein, steht nicht im Dienst einzelner Parteien, Konfessionen oder Wirtschaftsrichtungen, sondern arbeitet für die Volksgesamtheit.

Dies gilt auch für Personalpolitik. Für Auswahl, Beschäftigung und Beförderung muß für alle Bediensteten, vom Arbeiter bis zum höchsten Beamten, ausschlaggebend sein: Befähigung, Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Treue zu Volk und Reich. Die Post muß größte Eigenwirtschaftlichkeit anstreben, zumal sie wie keine andere Verwaltung mit Pfennigen rechnen muß.

Der vom Haushaltsausschuß des Reichstags vorgenommenen Hinaufsetzung der Postablieferung an das Reich von 20 auf 70 Millionen will Minister nicht widersprechen mit Rücksicht darauf, daß Post mit einer Anleihe von 150 Millionen rechnen kann.

Nach Ueberzeugung des Ministers steht das Postpersonal voll und ganz hinter ihm. Personalorganisationen unterstützen seine Wirtschaftsbestrebungen kräftig. Es soll alles getan werden, um die Arbeitsbedingungen des Personals günstig zu gestalten. Für Wohnungsfürsorge, für Bekämpfung der Tuberkulose und für sonstige Wohlfahrtseinrichtungen sind erhebliche Mittel ausgebracht.

*

In ihren Nachmittagssitzungen — der Donnerstag wird bekanntlich immer für die Beratungen der Fraktionen freigehalten — werden die einzelnen Fraktionen nochmals zur Lage Stellung nehmen. Man nimmt an, daß auf diese Weise bis zum Abend eine gewisse Klärung in der Steuerkrise herbeigeführt werden kann, so daß die Abendsitzung des Steuerausschusses, wenn nicht die Entscheidung, so doch Gewißheit darüber bringen dürfte, nach welcher Seite die Regierung Anschluß suchen wird.

Die Kredite für den Mittelstand.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags teilte der Reichskommissar für das Handwerk, Dr. Hoppe vom Reichswirtschaftsministerium, mit, daß die Reichsregierung den Entwurf eines Schankstättengesetzes so weit fertiggestellt habe, daß er in den nächsten Tagen vom Ministerium dem Kabinett vorgelegt werden kann. Selbstverständlich sei in dem Entwurf auch zu den Fragen Stellung genommen, die mit dem Begriff des Gemeindebestimmungsrechtes zusammenhängen. Der Ausschuß beschloß, diese Frage in einer Sitzung zu behandeln, die am Tage des Zusammentritts des Plenums nach der Osterpause stattfinden soll.

Im übrigen beriet der Ausschuß einen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Kreditgewährung an den gewerblichen Mittelstand in Höhe von 150 Millionen Mark. Der Reichskommissar für das Handwerk teilte mit, daß 40 Millionen für Mittelstandskredite bereits zur Verfügung gestellt worden seien. Staatssekretär Fischer legte dar, daß kein Gedanke daran sein könne, 150 Millionen für die geforderten Zwecke neu zur Verfügung zu stellen. Die verfügbaren Kassen seien schon völlig in Anspruch genommen, ebenfalls sei es ausgeschlossen, das Geld im Kreditwege aufzubringen. Der Antrag wurde schließlich von den Antragstellern selbst zurückgezogen.

Die Antichambre will in den Salon.

Von einem Diplomaten.

Paris, im März.

Als der greise Prinz von Ligne, der geistreichste Kavalier seiner Zeit, das Getriebe und Getreibe der Diplomaten, die als Vertreter der mittleren und kleinen Staaten auf dem Wiener Kongreß weilten, mitansah, der Diplomaten, die sich alle in den Vordergrund schieben wollten, die sich alle bestrebten, ihre Länder in dem Rat „der Großen" mitsprechen lassen zu wollen, da verzog sich sein Mund zu einem sarkastischen Lächeln, bevor er das hohnvolle Wort sprach: „Die ganze Frage der Zeit ist, die Antichambre will in den Salon!"

Es hieße den europäischen Koryphäen, die damals in der Kaiserstadt an der Donau versammelt waren, ein gewisses Unrecht zufügen, wenn man sie mit den „Weltkoryphäen" vergleichen wollte, die jetzt aus Genf in ihre respektiven Heimaten nicht gerade als Triumphatoren zurückgekehrt sind. Denn bei allem Respekt vor Herrn Aristide Briand, Sir Austen Chamberlain und wie alle die Herren sonst heißen, kann man sie unmöglich mit Tayllerand, Metternich, Capo d'Istria vergleichen. Wien und Genf bieten nur den einen, allerdings sehr gewichtigen Vergleichspakt, daß die Antichambre, diesmal die der ganzen Welt, durchaus in den für „die Großen" reservierten Salon hinein will!

Die Lächerlichkeit und Widerwärtigkeit der Situation, in die uns die „erleuchteten Köpfe" des Völkerbundes, ob mit, ob gegen ihren Willen, versetzt haben, wird einem doppelt klar, wenn man sich hier in Paris befindet und nicht nur die französischen Blätter liest, sondern sich auch mit Politikern aller Richtungen ausspricht. Frankreich selbst hat gerade in Wien 1814 in einer viel schlechteren Situation, als wir in Genf sie vorfanden, sich befunden, aber der Prinz von Benevent wartete nicht in der Antichambre, sondern schritt mit seinem Klumpfuß sofort in das innerste Heiligtum vor, dessen Tür er hinter sich dröhnend zuschlug, so daß die Kleinen auf die Entree verzichten mußten. Durch die Drohung eines Herrn Mello Franco hätte sich niemand damals einschüchtern lassen, und sein stolzes Wort, wo sei ein Mann von Stahl, würde in Wien dasselbe Gelächter erregt haben wie die Fanfaronade Wredes: „Ein Feldmarschall Wrede unterzeichnet nur mit Schwert!" Eine Großmacht wartet nicht in der Antichambre, das hätten wir und hätten die anderen wissen müssen, ehe wir nach Genf gingen, und eine Großmacht hat immer den Vortritt vor allen kleinen Staaten, sonst verzichtet sie auf dieses Prädikat!

Aber der „Geist von Locarno" regiert jetzt die Welt, und dieser Geist scheint uns verbieten zu wollen, eine einfache, allgemein gültige Wahrheit als solche laut auszusprechen, wenigstens müßte man das annehmen, wenn man die Expektorationen des größeren Teils der französischen Presse liest; ich denke nicht nur an den ebenso geistvollen wie blindwütigen Pertinax und ähnliche, sondern an viel gemäßigtere Elemente. Im übrigen hat es mich interessiert, einmal hier im Lande der Logik zu erfahren, was man eigentlich unter diesem „Geist" versteht. Das berühmte Schlußbulletin der Signatarmächte von Locarno hat mich nämlich darüber im völligen Dunkeln gelassen. Parlamentarier haben es erfaßt, und sie haben, mit bewußter Absicht, die tönende Phrase an Stelle logischen Denkens gesetzt, sie kannten alle aus ihren Reden das Rezept, wie man es macht, einem Auditorium einen Mißerfolg als einen Erfolg zu suggerieren.

Aus den Gesprächen, die ich geführt habe, ist mir eins klar geworden: der Geist von Locarno differiert ganz wesentlich von dem Geist, der in dem Völkerbund das Zepter schwingt: der letztere ist mondial, der von Locarno nur europäisch. Europas Interessen sind selbstverständlich vorläufig noch die wichtigsten, aber trotzdem verlangt es die Weltidee, daß Uruguay und St. Domingo als Kulturvölker und Staaten auf die gleiche Rücksicht Anspruch haben wie die Großmächte Europas. — Ein sehr idealer Grundsatz, aber es gibt sehr ideale Grundsätze, die in der rauhen Wirklichkeit sich nicht durchsetzen lassen, von denen man daher, dura necessitate coactus, abweichen muß! Das erkennen viele Politiker auch hier an, und daher tritt die Idee „Europa" in den Vordergrund bei denen, die so denken. Man will den Völkerbund erhalten und hochhalten, aber die europäischen Interessen sollen nicht von dem Willen Brasiliens oder Nicaraguas abhängig gemacht werden. Eine Detente oder Entente der europäischen Großmächte erscheint bei weitem bedeutungsvoller als das Schmollen eines überseeischen Mittel- oder Kleinstaates.

Das ist ganz gewiß ein Fortschritt in der Erkenntnis dessen, was praktische Politik bedeutet — hier stock' ich schon: denn wenn man in Paris scharf zuhört, so ist der Begriff Europa auch noch nicht ganz geklärt. Europa bedeutet in erster Linie: Frankreich plus der kleinen Staaten, in zweiter stehen die anderen romanischen Völker. England, für das man gestern schwärmte, ist heute weit weniger beliebt, denn man hat es im starken Verdacht, eine mehr englische Politik dieser in Paris geprüften europäischen vorzuziehen, und wenn Sir Austen Chamberlain wirklich nicht allzulange mehr im Foreign Office regieren sollte, wird die Stimmung noch mehr abflauen, in vierter Linie kommt der Rest der Kleinstaaten von Europa und in fünfter endlich wir.
kommen wir.

Nun muß man sich einmal auf den französischen Standpunkt stellen, dann wird man das Wohlwollen für die Kleine Entente als etwas Selbstverständliches hinnehmen. Auch die Sympathie für die romanischen Schwesternationen ist erklärlich, speziell wenn man bedenkt, daß Schwestern nicht immer friedlich beieinander wohnen. Ganz unerklärlich ist aber die Haltung uns gegenüber. Existiert der Geist von Locarno wirklich, ist er mehr als